

Senator für Inneres

08.11.2022

**S 11**

**Vorlage für die Sitzung des Senats am 15.11.2022**

**„Scheitert Zweigstelle des Ordnungsdienstes in Bremen-Blumenthal an fehlenden Parkplätzen?“**

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft))

**A. Problem**

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Welche Nutzungsmöglichkeiten sieht der Senat für das alte Rathaus in der Landrat-Christians-Straße in Bremen-Blumenthal und welche Gründe sprechen gegen die Nutzung als Polizeirevier mit integrierter Ordnungsdienststelle?
2. Inwiefern spielen vorzuhaltende Parkplätze für die Mitarbeitenden bei der Auswahl eines Standortes für das Polizeirevier und die Außenstelle des Ordnungsdienstes eine entscheidende Rolle und inwieweit ist das mit den Zielen der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“, den Autoverkehr in Bremen zu reduzieren, vereinbar?
3. An welchem Standort sollen die neuen Mitarbeitenden des Ordnungsdienstes für Bremen-Nord temporär untergebracht werden bis eine endgültige Lösung gefunden wurde und wann ist mit einer endgültigen Entscheidung für den Standort zu rechnen?

**B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

**Zu Frage 1:**

Zurzeit wird zwischen der Senatskanzlei und den Ressorts für Stadtentwicklung, Inneres, Gesundheit Soziales und Kultur ein Nutzungskonzept abgestimmt.

Die Lage in der Landrat-Christians-Straße wäre u.a. für das Polizeirevier Blumenthal und den künftigen Ordnungsdienst Nord als mögliche „Ankermieter“ vorteilhaft. Zu einer solchen Lösung sind keine Nachteile bekannt.

## **Zu Frage 2:**

Wichtige Kriterien bei der Standortwahl sind die gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV und Fahrradabstellmöglichkeiten. Sofern dies gewährleistet ist, sind KfZ-Parkplätze für Mitarbeitende bei der Standortwahl irrelevant.

## **Zu Frage 3:**

Wenn der Senat sich für eine Unterbringung von Polizei und Ordnungsdienst Nord im alten Rathaus entscheidet, wird für mehrere Jahre eine Interimslösung benötigt. Als vorübergehender Standort wird momentan das Polizeirevier in Vegesack geprüft, weil in Blumenthal keine geeignete Immobilie gefunden werden konnte.

## **C. Alternativen**

keine Alternativen

## **D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung**

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern ergeben sich durch die geplante Maßnahme nicht.

## **E. Beteiligung / Abstimmung**

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

## **F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Die Senatsvorlage ist nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet. Die Veröffentlichung erfolgt über das zentrale elektronische Informationsregister.

## **G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 08.11.2022 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zu.